

Protokoll – öffentlicher Teil

33. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

Sitzungstermin:	Dienstag, 16.05.2023
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	22:00 Uhr
Ort, Raum:	Schulzentrum am Stern, Mensa, Gagarinstr. 7, 14480 Potsdam

Anwesend

Vorsitz

Tina Lange Sozial.DIE LINKE.Potsdam

Mitglieder

Grit Schkölziger SPD
Wiebke Bartelt Bündnis 90/Die Grünen ab 18:00 Uhr
Clemens Viehrig CDU

stellv. Mitglieder

Dr. Hagen Wegewitz SPD

stellv. zusätzliche Mitglieder

Fedor Nocke Freie FRAKTION bis 21:30 Uhr

sachkundige Einwohner

Roman Böttcher Die Andere
Tabea Gutschmidt CDU ab 18:20 Uhr
Mathias Schindler Bündnis 90/Die Grünen
Ronald Sima DIE LINKE

Vertreter der Beiräte

Khalil Ehmed Migrantenbeirat

Abwesend

Mitglieder

Daniel Keller SPD entschuldigt
Jens Dörschel Bündnis 90/Die Grünen entschuldigt
Denny Menzel Die Andere entschuldigt
Sebastian Olbrich AfD nicht entschuldigt
Sabine Becker Freie Demokratische Partei entschuldigt

zusätzliches Mitglied

Dr.med. Carmen Klockow	BürgerBündnis	nicht entschuldigt
Andreas Menzel	Freie FRAKTION	entschuldigt
sachkundige Einwohner		
Eileen Hoffmann	BürgerBündnis	nicht entschuldigt
Alma Kleen	SPD	nicht entschuldigt
Christian Porath	Freie Demokraten	entschuldigt
Vertreter der Beiräte		
Wolfgang Puschmann	Seniorenbeirat	nicht entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 21.03.2023
 - 2.1 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 28.03.2023

- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Prüfung der Einrichtung von wettkampffähigen Sportstätten in der LH Potsdam: Innenstadt und Babelsberg. Aufnahme des westlichen Viertels des Lustgartens in die Potentialflächen
Einreicher: Fraktion CDU 22/SVV/1158
 - 3.2 Bebauungsplan Nr. 113 "Pappelallee/Reiherweg", Abwägungs- und Satzungsbeschluss
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung Selbstbefassung 23/SVV/0344
 - 3.3 Sitzungskalender 2024 (Januar - Mai)
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung 23/SVV/0381

- 3.4 Personalbedarfsanalyse 23/SVV/0298
Analyse zur Sicherung einer aufgabengerechten
Personalausstattung der Stadtverwaltung
Oberbürgermeister, Personal und Organisation
- 3.5 ?Kultur- und Bildungspass? für Kinder und Jugendliche 23/SVV/0391
einführen
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Aktuelle Situation Schulentwicklungsplanung - Sachstand
Baumaßnahmen
- 4.2 Sachstand zur Anpassung der Integrierten Kita- und
Schulentwicklungsplanung 2021 bis 2026
gemäß Beschluss: 21/SVV/1322
- 4.3 Bericht IT an Schulen
- 4.4 Optionen der zeitlichen Begrenzung zu Nutzungsmöglichkeiten
von mobilen Umkleiden / Nowawiese ? Ergebnis Gespräch mit
SPSG
- 4.5 aktueller Sachstand - Sportplatzsanierung Birnenplantage /
Ligabetrieb
- 4.6 Update Öffnung Schulhöfe
- 4.7 Jährliche Information zum Abstimmungsverfahren der
Sportstadtmittel
- 4.8 Ü1/Ü7/Ü11-Verfahren
- 5 Sonstiges

Nichtöffentlicher Teil

- 6 Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung
- 7 Fragen zur Qualitätssicherung von außerschulischen
Angeboten in kommunalen Bildungseinrichtungen

Protokoll

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung

Frau Lange eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 21.03.2023

Zu Beginn der Sitzung sind **5** stimmberechtigte Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Ausschusses anwesend. Frau Lange stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Sie merkt zur Tagesordnung an, dass der Tagesordnungspunkt 3.1 „Prüfung der Einrichtung von wettkampffähigen Sportstätten in der LH Potsdam: Innenstadt und Babelsberg. Aufnahme des westlichen Viertels des Lustgartens in die Potentialflächen, 22/SVV/1158“ zurückgestellt wird. Die Tagesordnungspunkte 3.5 „„Kultur- und Bildungspass“ für Kinder und Jugendliche einführen, 23/SVV/0391“ sowie 4.2 „Sachstand zur Anpassung der Integrierten Kita- und Schulentwicklungsplanung 2021 bis 2026 gemäß Beschluss: 21/SVV/1322“ werden vorgezogen und danach soll in der gewohnten Reihenfolge laut Tagesordnung fortgefahren werden.

Es liegen Anträge auf Rederecht für den Tagesordnungspunkt 4.2 „Sachstand zur Anpassung der Integrierten Kita- und Schulentwicklungsplanung 2021 bis 2026 gemäß Beschluss: 21/SVV/1322“ von Herrn Dr. Volker Dworak, Mitglied der Elternkonferenz des Leibniz-Gymnasiums Potsdam (Gymnasium 41), sowie von Frau Kathrin Welle, Mitglied der Schulkonferenz des Leibniz-Gymnasiums Potsdam (Gymnasium 41), vor.

Frau Lange stellt die Änderungen der Tagesordnung und die Rederechte zur Abstimmung. Diese werden einstimmig **angenommen**.

Anschließend wird die so geänderte Tagesordnung zur Abstimmung gestellt und ebenfalls einstimmig **angenommen**.

Die Abstimmung zur Niederschrift vom 21.03.2023 wird auf die nächste Sitzung vertagt, da diese noch nicht vorliegt.

2.1 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 28.03.2023

Die Abstimmung zur Niederschrift vom 28.03.2023 wird auf die nächste Sitzung vertagt, da diese noch nicht vorliegt.

3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Stimmenthaltung:

3.1 Prüfung der Einrichtung von wettkampffähigen Sportstätten in der LH Potsdam: Innenstadt und Babelsberg. Aufnahme des westlichen Viertels des Lustgartens in die Potentialflächen

22/SVV/1158
vertagt

Der Antrag wird zurückgestellt.

3.2 Bebauungsplan Nr. 113 "Pappelallee/Reiherweg", Abwägungs- und Satzungsbeschluss

23/SVV/0344
ungeändert beschlossen

Herr Erik Wolfram, Fachbereichsleiter Stadtplanung der Landeshauptstadt Potsdam, stellt anhand einer Präsentation vor (**Anlage 1**).

Nach kurzer Diskussion stellt Frau Lange die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 113 „Pappelallee/Reiherweg“ ist nach § 9 Abs. 7 BauGB zu ändern (gemäß Anlage 2).
2. Im Rahmen der Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB wird über die Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Bebauungsplan Nr. 113 "Pappelallee/Reiherweg" entschieden (gemäß Anlagen 3A und 3B).
3. Der Bebauungsplan Nr. 113 "Pappelallee/Reiherweg" wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen, die dazugehörige Begründung wird gebilligt (siehe Anlagen 4 und 5).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Stimmenthaltung:

3.3 Sitzungskalender 2024 (Januar - Mai)

23/SVV/0381
ungeändert beschlossen

Frau Lange bringt den Antrag ein. Es folgt eine kurze Diskussion zu einzelnen Sitzungsterminen, die aufgelöst wurde.

Es besteht kein weiterer Diskussionsbedarf, so dass Frau Lange den Antrag zur Abstimmung stellt.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Sitzungskalender 2024 (Januar – Mai 2024) als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Fraktionen und Ausschüsse sowie für weitere Gremien.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **4**

Ablehnung: **0**

Stimmenthaltung: **1**

3.4 Personalbedarfsanalyse

Analyse zur Sicherung einer aufgabengerechten Personalausstattung der Stadtverwaltung

23/SVV/0298
zur Kenntnis genommen

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

3.5 ?Kultur- und Bildungspass? für Kinder und Jugendliche einführen

23/SVV/0391
geändert beschlossen

Frau Bartelt bringt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein.

Frau Uta Kitzmann, Fachbereichsleiterin Soziales und Inklusion, erläutert, dass die Verwaltung Recherchen in anderen Städten dazu durchgeführt hätte. Für die Einführung benötige man mindestens ein Jahr. Die Einführung bewirke für die Verwaltung eine hohe Entlastung bei der Abrechnung. Dennoch sei es weiterhin erforderlich, dass die Anträge gestellt und durch die Verwaltung geprüft werden. Die Verwaltung plädiere für den Antrag.

Der Oberbürgermeister, Herr Schubert, ergänzt, dass die Einführung derzeit nicht etatisiert sei. 500.000 Euro ständen in keinem Haushaltsplan. Es sei erforderlich, entsprechende Mittel in den Haushalt einzustellen. Die Einstellung von Mitteln sei erst im Doppelhaushalt 2025/2026 möglich. Auf Nachfrage konnten keine Details zu der als zu hoch empfundenen Summe genannt werden.

Nach kurzer Diskussion werden durch Frau Lange die von Herrn Dr. Wegewitz und Frau Lange vorgestellten Änderungen des Antrages zur Abstimmung gestellt.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

Abschließend stellt sie den so geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen App- **und kartenbasierten** „Kultur- und Bildungspass“ für Kinder und Jugendliche einzuführen, der u.a. folgende Kriterien erfüllen soll:

- Entbürokratisierung durch Wegfall der ~~angebots- / leistungsbezogenen Einzelantragstellung~~ **Antragstellung**;
- Bündelung der Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung;
- Bündelung der Angebote aus Bildung, Kultur und Freizeit der Stadt Potsdam;
- einfach und intuitive Bedienung, sodass sie von Kindern und Jugendlichen eigenständig bedient und Angebote/ Leistungen gebucht werden können.

Über die ~~Umsetzungsfortschritte~~ **Umsetzungsplanung** ist den Stadtverordneten beginnend mit ~~den~~ **bis zum 4. Quartal 2024** zu berichten. **Die Umsetzung ist zum Schuljahr 2025/2026 anzustreben und die erforderlichen Mittel sind in den Haushalt 2025/2026 einzustellen.**“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

4 Mitteilungen der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Stimmenthaltung:

4.1 Aktuelle Situation Schulentwicklungsplanung - Sachstand Bau- maßnahmen

Die Präsentation zum aktuellen Sachstand wird dem Protokoll beigefügt sowie per E-Mail an die Ausschussmitglieder verschickt (**Anlage 2**).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:
Stimmenthaltung:

Anlage 1 Anlage 2 zur Niederschrift vom 16.05.2023 - TOP 4.1 Aktuelle Situation
Schulentwicklungsplanung - Sachstand Baumaßnahmen (öffentlich)

4.2 Sachstand zur Anpassung der Integrierten Kita- und Schulentwicklungsplanung 2021 bis 2026

gemäß Beschluss: 21/SVV/1322

Herr Dr. Volker Dworak, Mitglied der Elternkonferenz des Leibniz-Gymnasiums Potsdam (Gymnasium 41), führt aus, dass Ende April 2023 das Vorhaben der Landeshauptstadt Potsdam bekannt gemacht worden wäre, dass das Leibniz-Gymnasium Potsdam (Gymnasium 41) ab dem Schuljahr 2024/2025 pro folgendes Schuljahr mindestens eine 7. Klasse mehr aufnehmen soll. Demnach sei es aufgrund der fehlenden Raumkapazitäten geplant, dass eine Containeranlage auf den Grün- und Freiflächen zwischen dem Leibniz-Gymnasium Potsdam (Gymnasium 41) und der Städtischen Musikschule Potsdam „Johann Sebastian Bach“ geschaffen wird. Eine angemessene Beteiligung der Eltern und Gremien sowie die Möglichkeit, abgewogene Entscheidungen zu treffen, die dieser Situation gerecht werden, seien nicht gegeben.

Frau Kathrin Welle, Mitglied der Schulkonferenz des Leibniz-Gymnasiums Potsdam (Gymnasium 41), ergänzt, dass bereits heute der Platz auf dem Schulhof und um die Schule herum für Treffen und Aktivitäten außerhalb des Unterrichts sehr knapp seien. Durch die Beschulung in zwei separaten Objekten sei eine tolle Schulgemeinschaft in Gefahr. Bereits heute sei die anliegende Tram- und Bushaltestelle „Johannes-Kepler-Platz“ vor Unterrichtsbeginn stark ausgelastet.

Der Oberbürgermeister, Herr Schubert, erläutert, dass man gemäß der Integrierten Kita- und Schulentwicklungsplanung 2021 bis 2026 rechnerisch zwar freie Gymnasialplätze habe, faktisch jedoch nicht. Es brauche Lösungen für die im Schuljahr 2023/2024 fehlenden drei, im Schuljahr 2024/2025 fehlenden fünf, im Schuljahr 2025/2026 fehlenden fünf, im Schuljahr 2026/2027 fehlenden sieben sowie im Schuljahr 2027/2028 fehlenden vier Gymnasialzüge. Bislang wären in bestehenden Räumen Lösungen gefunden worden, was gemäß des Bereiches Bau und Betrieb Kita / Schule der Landeshauptstadt Potsdam in Zukunft nicht mehr möglich sein werde. Die Verwaltung hätte alle bestehenden Gymnasien in der Landeshauptstadt Potsdam dahingehend betrachtet, ob Ergänzungen durch Containerbauten möglich sind. Um dem gesetzlichen Auftrag, Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen, nachzukommen, sei es erforderlich, an mehreren Standorten temporäre Lösungen zu suchen und zu schaffen. Die Verwaltung hätte auch das Land Brandenburg mit einem Schreiben um Unterstützung gebeten. An Stellen, wo es kein Baurecht gibt, gebe es lediglich Gemeinschaftsunterkünfte. Mit den in Aussicht gestellten Änderungen des Baugesetzbuches (BauGB) sei es geplant, diese Möglichkeit auf Schulen zu erweitern. Die Integrierte Kita- und Schulentwicklungsplanung 2021 bis 2026 würde komplett aufbereitet und die Beschlussvorlage vor der Sommerpause eingebracht und nach der Sommerpause zur Abstimmung gestellt werden. Es sei erforderlich, dass im September 2024 Räumlichkeiten vorliegen. Es bestehe die Möglichkeit, Vorschläge für Lösungen und Räumlichkeiten bei der Verwaltung einzureichen.

Herr Dörnbrack vom Staatlichen Schulamt Brandenburg an der Havel macht darauf aufmerk-

sam, dass die letzten Schulstandorte in der Landeshauptstadt Potsdam an Interimsstandorten vorgegründet worden wären und dies auch 2024 ein letztes Mal möglich wäre, wenn es eine dauerhafte und verlässliche Perspektive für die Folgejahre gegeben wäre.

Der Oberbürgermeister nimmt diese für ihn neue Information des Schulamtes mit für die weitere Schulentwicklungsplanung.

Es wird intensiv und kontrovers zu dem Thema diskutiert. Dabei wird unter anderem festgehalten, dass der Oberbürgermeister Detailfragen aus der rot-rot-grünen Kooperationen zum Ü7-Verfahren im Bereich der Gymnasien an das MBSJ stellt, um eine rechtssichere Klärung herbeizuführen. Ein Entwurf wird von der Vorsitzenden Frau Lange an den Geschäftsbereich 2 übersandt.

4.3 Bericht IT an Schulen

Die Anwesenheit eines Vertreters des Fachbereiches E-Government der Landeshauptstadt Potsdam wurde nicht sichergestellt, so dass der Tagesordnungspunkt nicht behandelt werden kann. Herr Schindler bittet darum, dass trotzdem eine Präsentation im Nachgang zur Verfügung gestellt wird. Frau Lange bittet die Verwaltung darum, dies zu klären, ebenso wie künftige Anwesenheit bei entsprechenden Tagesordnungspunkten.

4.4 Optionen der zeitlichen Begrenzung zu Nutzungsmöglichkeiten von mobilen Umkleiden / Nowawiese ? Ergebnis Gespräch mit SPSG

Herr Gessner stellt die Optionen anhand einer Präsentation vor (**Anlage 3**).

In der anschließenden Diskussion wird vereinbart, dass die Verwaltung einen offenen Brief verfasst, der auch den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt wird.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Stimmenthaltung:

Anlage 1 Anlage 3 zur Niederschrift vom 16.05.2023 - TOP 4.4 Optionen der zeitlichen Begrenzung Nutzungsmöglichkeiten von mobilen Umkleiden Nowawiese Gespräch mit SPSG (öffentlich)

4.5 aktueller Sachstand - Sportplatzsanierung Birnenplantage / Ligabetrieb

Herr Gessner stellt den aktuellen Sachstand anhand einer Präsentation vor (**Anlage 4**).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Stimmenthaltung:

Anlage 1 Anlage 4 zur Niederschrift vom 16.05.2023 - TOP 4.5 aktueller Sachstand - Sportplatzsanierung Birnenplantage Ligabetrieb (öffentlich)

4.6 Update Öffnung Schulhöfe

Herr Gessner stellt das Update anhand einer Präsentation vor (**Anlage 5**).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Stimmenthaltung:

Anlage 1 Anlage 5 zur Niederschrift vom 16.05.2023 - TOP 4.6 Update Öffnung Schulhöfe (öffentlich)

4.7 Jährliche Information zum Abstimmungsverfahren der Sportstadtmittel

Herr Gessner berichtet anhand einer Präsentation zum Abstimmungsverfahren (**Anlage 6**).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Stimmenthaltung:

Anlage 1 Anlage 6 zur Niederschrift vom 16.05.2023 - TOP 4.7 Jährliche Information zum Abstimmungsverfahren der Sportstadtmittel (öffentlich)

4.8 Ü1/Ü7/Ü11-Verfahren

Ü1-Verfahren

Herr Dörnbrack vom Staatlichen Schulamt Brandenburg an der Havel berichtet, dass die Weidenhof-Grundschule (Grundschule 40) eine dritte erste Klasse eröffnen werden würde. 48 Kinder hätten weder im Erst- noch im Zweitwunsch eine Schule erhalten. Diesen Kindern ständen noch 74 freie Plätze an verschiedenen Schulen zur Auswahl. Am 26.05.2023 würden die Aufnahmebestätigungen sowie die Zuweisungen durch das Staatliche Schulamt Brandenburg an der Havel erfolgen.

Ü5-Verfahren

Herr Dörnbrack vom Staatlichen Schulamt Brandenburg an der Havel berichtet, dass alle Schulen mit Leistungs- und Begabungsklassen die erforderlichen Anmeldungen von mindestens 25 Schülerinnen und Schülern erreicht hätten, so dass überall die Klassen eingerichtet werden konnten.

Ü7-Verfahren

Herr Dörnbrack vom Staatlichen Schulamt Brandenburg an der Havel berichtet, dass aufgrund der anfänglich für 150 Schülerinnen und Schüler fehlenden Plätze an Gymnasien in Abstimmung mit der Verwaltung eine zusätzliche Klasse am Hannah-Arendt-Gymnasium (Gymnasium 5), am Bertha-von-Suttner-Gymnasium Babelsberg (Gymnasium 21), am Humboldt-Gymnasium (Gymnasium 1) sowie am Gymnasium Potsdam Pappelallee/Reiherweg (Gymnasium 14) jeweils eine Klasse mit 28 Schülerinnen und Schülern mehr eingerichtet worden wäre. Danach hätten etwa 20 Schülerinnen und Schüler mit dem Erst- und Zweitwunsch Gymnasium weder im Erst- noch im Zweitwunsch eine Aufnahmemöglichkeit erhalten. Diesen wären freie Plätze am Leibniz-Gymnasium Potsdam (Gymnasium 41) sowie die Gymnasialklasse an der Voltaireschule Gesamtschulcampus mit gymnasialem Bildungsgang (Gesamtschule 9) angeboten worden. Etwa weitere 90 Schülerinnen und Schüler wären im Erst- und Zweitwunsch nicht versorgt gewesen. Diesen Schülerinnen und Schülern wären Angebote über Schulen mit freien Plätzen übermittelt worden. Diese wären die Friedrich-Wilhelm-von-Steuben-Gesamtschule (Gesamtschule 46), die Käthe-Kollwitz-Oberschule (Oberschule 13) sowie die Oberschule Theodor Fontane mit Primarstufe (Oberschule 51) gewesen. Die Rückmeldungen der Eltern zu diesen Angeboten würden bis zum 02.06.2023 erwartet werden. Die Versendung der Aufnahmebestätigungen durch die Schulen sowie die Zuweisungen durch das Staatliche Schulamt Brandenburg an der Havel würden per Postausgang am 09.06.2023 erfolgen.

Ü11-Verfahren

Herr Dörnbrack vom Staatlichen Schulamt Brandenburg an der Havel berichtet, dass alle Gesamtschulen die erforderlichen 40 Anmeldungen erhalten hätten. Die Schule am Schloss (Gesamtschule 28) sei erstmalig im Ü11-Verfahren vertreten. Die Verwaltung hätte die Kapazitäten für das Ü11-Verfahren festgelegt. Alle Gesamtschulen würden 75 und die Voltaireschule Gesamtschulcampus mit gymnasialem Bildungsgang (Gesamtschule 9) würde 84 Schülerinnen und Schüler aufnehmen. Am 26.06.2023 würde eine Beratung mit Herrn Dörnbrack vom Staatlichen Schulamt Brandenburg an der Havel und den Oberstufenkoordinatorinnen und Oberstufenkoordinatoren der Gesamtschulen stattfinden. Hierbei würden den Schülerinnen und Schülern, die weder im Erst- noch im Zweitwunsch einen Platz erhalten haben, freie Plätze angeboten. Somit könnten alle Schülerinnen und Schüler mit Plätzen versorgt werden.

5 Sonstiges

Frau Lange informiert, dass am 20.06.2023 ab 16:30 Uhr die gemeinsame Sitzung des Ausschusses mit dem Jugendhilfeausschuss stattfindet. In Vorbereitung auf die Sitzung wolle man in einem kleinen Gremium mit Mitgliedern beider Ausschüsse ein Positionspapier zur kinderfreundlichen Kommune erarbeiten. Dafür stellen sich Frau Schkölziger, Frau Lange und Frau Bartelt zur Verfügung.

Weiterhin bittet man um Informationen zum kommunalen Medienentwicklungsplan durch den runden Tisch, um den schon mehrfach verschobenen Zeitplan einhalten zu können.

Bezüglich der „Wandersitzungen“ des Ausschusses an den Schulen inklusive Führungen vor Ort wird vereinbart, dass man daran festhalten möchte. Eine Sitzung am Schulzentrum am Stern (Gesamtschule 29) soll wiederholt werden, da krankheitsbedingt die Organisation der Führung sowie Vorstellung der Schule heute fehlschlug.

Herr Sima fragt zur Erfassung von unentschuldigten Fehlzeiten an den Schulen. Herr Dörnbrack vom Staatlichen Schulamt Brandenburg an der Havel erläutert, dass das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport dazu eine Statistik erhebe. Die Fehlzeiten würden sich über alle Schulformen und Elternhäuser verteilen. Es sei erforderlich, eine Freigabe dieser Angaben beim Ministerium für Bildung, Jugend und Sport anzufragen.

Vorsitz:

Protokollführung:

Eva Thäle